

## EU-Klimazölle auch für Agrarprodukte und Lebensmittel unverzichtbar

„Vorgeschlagene EU-Klimazölle müssen neben Düngemitteln auch Agrarprodukte umfassen“, appelliert Präsident Waldenberger.



© Landwirtschaftskammer Oberösterreich

Erheblichen Nachbesserungsbedarf sieht die Landwirtschaftskammer bei den EU-Kommissionsvorschlägen zur Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus an den EU-Außengrenzen. Der Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems sieht vor, dass die energieintensiven Produkte Stahl, Eisen, Zement, Aluminium und auch Stickstoffdüngemittel beim EU-Import aus Drittländern mit einem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich (Klimazölle) belegt werden sollen. EU-Importeure dieser Produkte sollen damit bei Importen ab 2026 entsprechende CO<sub>2</sub>-Zertifikate zum aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis des Emissionshandelssystems ETS kaufen müssen. Damit soll bei diesen Produkten das Risiko von Verlagerungen der Produktion in Nicht-EU-Länder mit niedrigeren Klimastandards wirksam vermieden

werden. Die Landwirtschaftskammer fordert nun, dass dieser Mechanismus auch für Agrarprodukte und Lebensmittel zur Anwendung kommen muss.

„Das System des geplanten CO<sub>2</sub>-Ausgleichs ist grundsätzlich ein wesentlicher klimapolitischer Fortschritt in der Handelspolitik, würde aber in der derzeit vorgeschlagenen Form die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft und der EU-Lebensmittelerzeugung zusätzlich enorm belasten. Daher muss der geplante CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus jedenfalls auch für EU-Agrar- und Lebensmittelimporte zur Anwendung kommen“, fordert LK-Präsident Franz Waldenberger.

## **Noch höhere Düngemittelpreise nicht mehr durch Effizienzsteigerungen ausgleichbar**

Wenn zukünftig die heimische Landwirtschaft nochmals teurere und klimafreundlichere Düngemittel einsetzen muss als die Mitbewerber in Drittstaaten, dann sei das angesichts des harten wirtschaftlichen Wettbewerbs auf den Agrar- und Lebensmittelmärkten nicht mehr hinnehmbar. Bereits jetzt sind Handelsdünger am EU-Markt wesentlich teurer, da der Düngemittelmarkt schon bisher durch Zölle und Antidumping-Maßnahmen vom Weltmarkt abgeschottet wird. „Die EU-Landwirtschaft und auch die heimische Agrarbranche sind nur deshalb weiter wirtschaftlich wettbewerbsfähig, weil sie wesentlich effizienter und damit auch ressourcenschonender produzieren. Zuletzt massiv gestiegene Betriebsmittelpreise können damit aber nicht mehr ausgeglichen werden und erfordern nun über den Getreide- und Ölsaatenbereich hinausgehend auch in der Tierproduktion steigende Erzeugerpreise“, appelliert Waldenberger.

## **Umstellung auf CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich braucht Übergangszeiträume**

Für die angestrebte Einführung von CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystemen seien dringend entsprechende Übergangszeiträume erforderlich, um notwendige Markt- und Produktionsanpassungen zu ermöglichen. Auch der Aufbau neuer Kapazitäten für eine klimaschonendere Düngemittelproduktion brauche Zeit. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass

Produktionsausfälle durch Agrarimporte auf Basis illegaler Landnutzungsänderungen, wie etwa Regenwaldrodungen, ersetzt werden, was unter dem Strich dem Klima mehr schaden als nützen würde. “Eine nur einseitige Einführung von Klimazöllen bei Düngemitteln schützt zwar die EU-Düngemittelindustrie, würde aber in der Agrarproduktion zu Verlagerungen in Regionen außerhalb der EU führen und wäre damit in letzter Konsequenz auch für den Klimaschutz äußerst kontraproduktiv”, stellt Waldenberger klar.

**Besuchen Sie uns auf: [fleischundco.at](http://fleischundco.at)**